



ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage der SPD-Fraktion
hier: Beteiligung der Stadt Hagen an der Ruhrkonferenz

Beratungsfolge:

23.05.2019 Rat der Stadt Hagen

Anfragetext:

siehe Anlage

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

13. Mai 2019

In welcher Form beteiligt sich die Stadt Hagen an der von der Landesregierung initiierten Ruhrkonferenz?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Beantwortung der Anfrage, gem. § 5, Abs.1, GeschO,
in der Ratssitzung am 23. Mai 2019.

Zur Anfrage:

Das Landeskabinett hat im August 2018 die Organisationsstruktur der Ruhr-Konferenz beschlossen. Ziel des Vorhabens sei es, die Region Ruhr zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln – mit neuen Perspektiven für die gesamte Region.

Die Federführung der Ruhr-Konferenz obliegt dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Stephan Holthoff-Pförtner. In einem Beirat stehen ihm der Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen, Arndt G. Kirchhoff, die Vorsitzende des DGB NRW, Anja Weber, sowie der Bischof von Essen, Dr. Franz-Josef Overbeck, zur Seite.

Bislang wurden 20 Themenforen aufgesetzt, die sich um relevante Bereiche des Lebens wie Verkehr, Bildung, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt, Stadt- und Landschaftsplanung, Energiewende und Tourismus kümmern.

Diese Foren seien das Herzstück der Ruhr-Konferenz und bildeten die Schnittstelle zwischen Landesregierung und den Menschen vor Ort. Kommunen, Hochschulen, Kultureinrichtungen, Verbände, Vereine, Gewerkschaften, Stiftungen und Glaubensgemeinschaften können sich einbringen.

Die Aufgabe sei es, geeignete Projekte zu identifizieren und diese voranzutreiben – seien es bereits laufende, geplante oder neue. Die Themen reichten von konkreten Fragen zur Arbeitsplatzsicherung und der Bekämpfung von Clan-Kriminalität über die Sicherstellung von qualitativ hochwertiger Pflege und Bildungschancen für Kinder bis hin zu Grünflächenkonzepten und Verkehrsnetzen.

Mittlerweile habe mehrere Ruhrgebietsstädte, darunter auch Dortmund und Bochum, nach Zustimmung durch die Fachausschüsse und den Stadtrat sehr umfangreich kommunale Projekte bei der Ruhrkonferenz angemeldet.

In der Dortmunder Ratsvorlage vom 22.1.2019 (Drucksache Nr.: 12400-18) für den Rat heißt es beispielsweise dazu:

„Die Stadt Dortmund nimmt die Aufforderung gerne an, sich aktiv in die Ruhrkonferenz einzubringen und an der Aufstellung einer nachhaltig zukunftsorientierten Metropole Ruhr mitzuwirken.

Hierzu hat Dortmund bereits gute Vorarbeit geleistet. Mit vielen, auch ausgezeichneten Projekten, hat Dortmund gezeigt, dass es den Strukturwandel kann. Und es gibt weiterhin viele Ideen und Projekte, die noch umzusetzen sind. Dortmund kann einen deutlichen Mehrwert für die Metropole Ruhr schaffen. Im Anhang finden sich Projektsteckbriefe von Themen und Projekten, die die Stadt Dortmund in die jeweiligen Themenforen einbringen wird. Viele Themen sind Querschnittsthemen, d.h. sie berühren gleich mehrere Themenforen.

Die Stadt Dortmund sieht die Ruhrkonferenz als einen offenen und dynamischen Prozess an. Daher kann diese Vorlage mit ihren Projektsteckbriefen nur ein erster Anfang sein.“

Freundliche Grüße



Claus Rudel
SPD-Fraktion



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

01

Betreff: Drucksachennummer: 0528/2019
Anfrage der SPD-Fraktion
hier: Beteiligung der Stadt Hagen an der Ruhr-Konferenz

Beratungsfolge:
23.05.2019 Rat der Stadt Hagen



Die SPD-Fraktion hat die folgende Anfrage zur Sitzung des Rates am 23.05.2019 gestellt:

In welcher Form beteiligt sich die Stadt Hagen an der von der Landesregierung initiierten Ruhrkonferenz?

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Ruhr-Konferenz

Das Ruhrgebiet hat das Potenzial, sich zur erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln. Dieser Prozess soll nach dem Willen der Landesregierung durch die Ruhr-Konferenz vorangetrieben werden.

Sie soll den inhaltlichen und organisatorischen Rahmen für eine vertiefte Zusammenarbeit der Kommunen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft schaffen. Der Ansatz, viele Beteiligte zusammenzubringen und auf Partizipation und Kommunikation zu setzen, verfolgt laut Landesregierung drei Ziele gleichzeitig:

- a) In der ersten Phase der Ruhr-Konferenz sollen die Themenforen das Bewusstsein dafür wecken, wie viele gute Ideen und Projektvorschläge es gibt. Für den Bewusstseinswandel im Ruhrgebiet, aber auch außerhalb des Ruhrgebiets, ist es wichtig, dieses Potenzial komplett auszuleuchten, auch wenn am Ende nicht alle Projekte umgesetzt werden können.
- b) Die Ruhr-Konferenz soll die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Hochschulen, Unternehmen, Gewerkschaften, Stiftungen, Verbänden und Vereinen vorantreiben, damit sich das Ruhrgebiet bei allen 20 Themenforen immer dichter vernetzt. Dadurch erfolgt eine Entwicklung im Bewusstsein der Akteure zur echten Metropolregion und nicht als von außen aufgebrachtes Etikett.
- c) Das dritte Ziel sind Verbesserungen durch die Projekte. Es geht um Fortschritte in allen 20 Themenbereichen.

An der Spitze eines jeden Themenforums steht die jeweils zuständige Ministerin bzw. Minister, in einigen Fällen auch die Staatssekretärin bzw. Staatssekretär, zusammen mit Persönlichkeiten, die das Thema, um das es geht, repräsentieren.

Gemeinsam laden sie weitere Mitwirkende aus der Region für die Planung und Umsetzung der aus ihren Themenforen entstehenden Projekte ein.

Weiterhin wurde eine Befragung durchgeführt sowie eine Online-Beteiligung organisiert.

Beteiligung der Stadt Hagen

Die Stadt Hagen unterstützt ausdrücklich die Bestrebungen der Landesregierung, nach dem Ende des industriellen Steinkohlebergbaus in einem breit angelegten Prozess neue Perspektiven für die Metropole Ruhr zu formulieren und daraus konkrete Entwicklungspfade mit einzelnen Projekten zu entwickeln. In diesem Prozess werden die spezifischen Bedingungen, konkreten Herausforderungen aber auch die bisherigen Leistungen im Rahmen des Strukturwandels im Ruhrgebiet betont und mit Blick auf die Zukunft in den Fokus gerückt.



Die Stadt Hagen beteiligt sich aktiv an den unterschiedlichen Veranstaltungen; wo angezeigt auch durch die persönliche Beteiligung der Beigeordneten und des Oberbürgermeisters. Hierbei liegt die Federführung bei den fachlich zuständigen Vorstandsbereichen. Im Regelfall erfolgen die Einladungen zu den unterschiedlichen Veranstaltung gezielt und persönlich in diese Richtung.

Die Stadtkanzlei erhält hierüber aus den Vorstandsbereichen entsprechende Information, um einen Gesamtüberblick erhalten zu können.

Die Verwaltung wird strukturiert auf der Grundlage der vorliegenden und in Arbeit befindlichen Konzepte zu den entsprechenden Themenfeldern vorhandene Anknüpfungspunkte identifizieren. Dies dient dazu, die Ruhrkonferenz gezielt dazu zu nutzen, durch den Rat beschlossene Handlungsrahmen und Vorhaben gezielt zu unterstützen, weiter zu qualifizieren und kooperative Arbeitsstrukturen zu anderen Kommunen fortzuentwickeln.

Folgende für die Stadt Hagen entwickelten Konzepte stehen hier insbesondere im Fokus:

- Digitalisierungsstrategie (in Arbeit) mit besonderem Schwerpunkt bei Schulen, KMU, Stadtverwaltung
- Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (Jobcenter)
- IGA 2027 mit dem Schwerpunkt der Entwicklung an den Ruhrseen (Freizeit)
- Soziale Stadt Wehringhausen
- ISEK und INSEK
- Wirtschaftsflächenkonzept
- Tourismusförderungskonzept (in Arbeit)
- Masterplan Mobilität
- Radverkehrskonzept
- E-Mobilitätskonzept
- Kommunales Klimaschutzkonzept
- Integrationskonzepte

Wie bereits erwähnt, scheinen die Ergebnisse der Ruhrkonferenz nicht automatisch auch in eine neue Förderkulisse zu münden. Insofern bleibt abzuwarten, ob und in welcher Weise durch die Beteiligung an der Ruhrkonferenz Zugänge zu Fördermitteln eröffnet werden bzw., ob eine Verknüpfung mit den bisher bestehenden Fördertöpfen ggf. im Rahmen einer veränderten Priorisierung erfolgt.

Die Verwaltung ist der Überzeugung, dass es Aufgabe der Landesregierung ist und sein wird, für die Ergebnisse der Ruhrkonferenz belastbare und nachhaltige Umsetzungsperspektiven zu formulieren. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die problematische Lage der kommunalen Haushalte in der Metropole Ruhr und die damit verbundenen Notwendigkeit, entsprechende Landesmittel zur Komplementärfinanzierung bereit zu halten.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung



Ja



Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
